

DIE LINKE. in Wittgenstein und ihre BÜRGERMEISTERKANDIDATIN für Bad Berleburg Andrea Heuer (parteilos)

Ein soziales, friedliches und ökologisches Miteinander, Vielfalt und Gleichberechtigung sind für uns die Grundlagen und zugleich die Ziele kommunalpolitischen Handelns. Dafür stehen wir. Weder Herkunft, Aussehen, Geschlecht und sexuelle Orientierung noch Religion dürfen ein Hindernis oder Ausschlussgrund für gesellschaftliche und politische Teilhabe sein. Deshalb wollen wir eine inklusive Kommune in der alle die gleiche Chance auf ein eigenständiges und selbst bestimmtes Leben haben. Hierbei müssen zentrale Probleme wie der Klimawandel, die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich und die Zuwanderung auch ehrlich als solche benannt werden. Denn erst so können sie als gemeinsame Herausforderung begriffen und als Chance für die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft erkannt und gestaltet werden. Dabei ist es wenig nachhaltig auf zeitlich begrenzte Fördergelder für einzelne Projekte zu setzen. Sie bringen in der Regel nur kurzfristigen Nutzen für wenige. Wir möchten dagegen ein integriertes und langfristig gesichertes Konzept zur Stadtentwicklung auf den Weg bringen, das einen klaren Rahmen und Planungssicherheit für alle Berleburger*innen bietet. Leitlinie unseres politischen Handelns ist das aktuelle Kreiswahlprogramm der Partei DIE LINKE. Daraus entwickeln sich die im Folgenden dargestellten Ideen für unsere Stadt Bad Berleburg.

Basisdemokratische Bürgerschaft

Gerade in der Stadt oder in der Gemeinde als unmittelbares Lebensumfeld eines jeden werden die Folgen jedweder gesellschaftlichen Veränderung konkret spürbar. Umgekehrt werden die Möglichkeiten des Einzelnen diese von unten mit zu steuern und zu gestalten immer geringer. Deshalb setzen wir uns für die Ausweitung der direkten Einflussnahme der Bürger*innen auf politische und gesellschaftliche Prozesse auch außerhalb von Wahlen ein. Zwar ist der zentrale Ort politischer Entscheidungen die Stadtverordnetenversammlung. Doch sie wird allzu häufig von schwer durchschaubarem Verwaltungshandeln und Einzelinteressen dominiert. Die Grenzen der demokratischen Aufgabenteilung zwischen Stadtverordnetenversammlung und Bürgermeister/Verwaltung verschwimmen. Deshalb gilt es, die kommunalpolitischen Entscheidungsfindungen zu einem offenen, transparenten und basisdemokratischen Prozess auszubauen. Dieser muss von unten nach oben verlaufen und nicht umgekehrt. Alle Bürger*innen müssen gleichberechtigt daran teilhaben können. Wo immer es geht möchten wir dazu gemeinsam mit den Bürger*innen basisdemokratische Entscheidungsstrukturen entwickeln. Das kann z.B. durch die Einrichtung eines dauerhaften Bürgerrates geschehen, der sich wiederum auf quartierbezogene Bürgerversammlungen stützt. Und über den kommunalen Haushalt könnten alle Bürger*innen im Rahmen eines Bürgerhaushaltes mitentscheiden. Weichen stellende Entscheidungen könnten durch Bürgerentscheide getroffen werden. Bei all diesen Verfahren ist darauf zu achten, dass die Barrieren für die Beteiligung niedrig sind und die Beteiligung selbst so attraktiv wie möglich gemacht wird. Zu einer neuen Offenheit im Berleburger Rathaus gehört für uns nicht zuletzt die Einführung eines verpflichtenden Transparenzregisters, in dem alle Stadtverordnet*innen, parlamentarisch gewählte Gremienvertreter*innen und politisch bestimmte Beamt*innen Angaben zu ihren außerparlamentarischen Ämtern, Funktionen, Einkommensquellen usw. machen. Damit sollen Interessenkonflikte offengelegt und eine bürgerschaftliche Kontrolle sichergestellt werden.

Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge, Digitalisierung, Wohnen und Arbeiten

In den letzten Jahrzehnten wurden viele Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge nach rein ökonomischen Maßstäben umgestaltet oder gleich ganz privatisiert. Demgegenüber befürworten wir die Rekommunalisierung öffentlicher Aufgaben und ihre Ausrichtung an den Bedürfnissen der betroffenen Bürger*innen.

Öffentliche und soziale Güter sind keine Waren und Bürger*innen sind keine „Kunden“. Eine sozial und ökologisch verantwortliche Infrastrukturpolitik berücksichtigt dabei die natürlichen Gegebenheiten und Voraussetzungen der Region und die grundlegenden Bedürfnisse der hier lebenden Menschen. Als einer der größten Flächengemeinden in Nordrhein-Westfalen steht Bad Berleburg vor der Problematik eine flächendeckende und zugleich bürgernahe Infrastruktur zu schaffen, immer wieder anzupassen und zu erhalten. Die Zukunftsentwicklung der Kernstadt und der umliegenden Dörfer Bad Berleburgs muss hier gleichberechtigt erfolgen. Wir wollen regionale und nachhaltige Wertschöpfungsketten schaffen und erhalten. Hiesige Gewerbe- und Handwerksbetriebe sowie landwirtschaftliche Betriebe müssen gefördert und unterstützt werden. Dafür sind die entsprechenden strukturellen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen herzustellen.

Einem flächendeckenden Ausbau des Breitbandnetzes, der Schließung von Funklöchern und einer Digitalisierung Bad Berleburgs zur „Smart City“ stimmen wir nur zu, wenn dieser Prozess dauerhaft der Kontrolle der kommunalen Allgemeinheit unterliegt und nicht nur einseitig privaten Profitinteressen dient. Die digitale Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sämtliche Hard- und Software, Systeme und Datenbanken gehören daher in öffentliche, kommunale Hand. Ein Informations-Sicherheits-Management-System mit hohen Sicherheitsstandards ist dabei verpflichtend. Die digitale Technologie darf nicht zur fremdbestimmten Verhaltenssteuerung mittels Social Scoring u.ä. sowie zur Überwachung der Bürger*innen eingesetzt werden. Sie darf die lebendigen analogen Beziehungen zwischen den Menschen weder beherrschen noch verdrängen.

Wir brauchen mehr ortsnahe Arbeit und für alle bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum. Dazu ist neben dem Neubau vor allem ein bedarfsgerechter Umbau von bestehendem nicht genutzten Wohnraum nötig. Die heruntergekommenen Hochhäuser im Berliner Viertel und der verfallende ehemalige 1-A-Markt sind ein Beispiel für eine verfehlte Wohnungspolitik in Bad Berleburg. Zudem müssen gerade in dieser Zeit der Corona-Pandemie Mieter*innen gegen Mieterhöhungen geschützt werden. Das möchten wir durch eine kommunale Mieterschutzverordnung sicher stellen. Neben anderen Maßnahmen zur Schaffung attraktiver Lebensbedingungen auf dem Lande sind erschwingliche Mieten insbesondere für junge Familien und junge Menschen wichtig, um deren Abwanderung in die urbanen Zentren entgegenzuwirken. Um diese zum hierbleiben zu bewegen wären ebenso kommunal organisierte Kredithilfen für junge Familien zum Erwerb von Wohneigentum ein geeignetes Mittel. Gerade für solche, die über wenig Einkommen verfügen. Zwischen zwei Universitätsstädten liegend (Siegen und Marburg) hat Bad Berleburg zudem die Chance neue Ausbildungsmöglichkeiten und Bildungsangebote im Gesundheitsbereich für junge Leute zu entwickeln. So könnten wir z.B. Fachschulen für verschiedene Gesundheitsberufe errichten. Außerdem unterstützen wir genossenschaftliche und andere kollektive Formen der Selbstorganisation des Zusammenlebens, z.B. Generationen übergreifende Wohnformen oder Formen solidarischer Landwirtschaft. Durch diese gemeinschaftliche Verbundenheit lassen sich die Grundbedürfnisse des Lebens sachgerecht und ressourcenschonend gewährleisten.

Kultur, Freizeit und Tourismus

Selbstverständlich gehört dazu auch ein vielfältiges Kultur- und Freizeitangebot. Gerade für diejenigen, die es sich ansonsten nicht leisten können. Um Bad Berleburg als Kultur- und Kurort zu erhalten, sind dringend Investitionen zum Erhalt und Ausbau der vorhandenen Infrastruktur notwendig. Das betrifft vor allem Einrichtungen zur Durchführung von Kulturveranstaltungen. In unserer Stadt fehlt es an geeigneten Veranstaltungsorten. So fehlt immer noch eine Musik- und Theaterbühne. Vorhandene Plätze, wie z.B. der Goetheplatz, können nur Notlösungen sein, mit überwiegend negativen Auswirkungen für die Bürger*innen. In der Vergangenheit hat Bad Berleburg im Vergleich zu den Nachbargemeinden wie Schmallenberg, Winterberg und anderen die Voraussetzungen zum Ausbau des Tourismusangebots nur unzureichend genutzt. Zwar gibt es hier Angebote wie den Waldskulpturenweg und das Wisentgehege. Jedoch fehlt es an erschwinglichen Freizeitangeboten für Familien und für Menschen jeden Alters. So wollen wir z.B. den Ausbau des Rad- und Wanderwegenetzes vorantreiben, der in Zeiten der E-Bike-Mobilität eine wesentliche Verbesserung der touristischen Infrastruktur darstellt.

Verkehr, Straßen, KAG-Beiträge

Bad Berleburg benötigt gerade wegen seiner schwierigen topographischen Lage ein übergreifendes integriertes Verkehrskonzept in enger Kooperation mit den anderen Wittgensteiner Kommunen Bad Laasphe und Erndtebrück. Der Ausbau des Radwegenetzes und die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes ist zwingend notwendig. Das Radwegenetz zur alltäglichen Nutzung muss mit dem des touristisch genutzten in Einklang gebracht werden. Das vorhandene Straßennetz ist ordnungsgemäß zu unterhalten und bei Bedarf

sinnvoll zu ergänzen. Dabei sind ökologische Belange stets zu berücksichtigen. Eine Integration verschiedener Verkehrsmittel bis hin zu kreativen Lösungen wie P/R-Systeme, einer Seilbahn, Fahrrad-Rikschas u.ä. sollten wir endlich angehen. Die Stadt muss außerdem die Barrierefreiheit als Querschnittsthema schneller als bisher voranbringen. Das betrifft im Besonderen die öffentlichen oder die mit öffentlichen Geldern geförderten Gebäude, den ÖPNV und die Verkehrsknotenpunkte (Bahnhöfe, Haltestellen etc.). Hier brauchen wir Orientierungshilfen und vernetzte Leitsysteme für schwer sehbehinderte und blinde Menschen sowie angepasste Mobilitätshilfen für Menschen, die in ihrer Beweglichkeit stark eingeschränkt sind.

Übrigens: Die Nutzung der Straßen erfolgt durch die Allgemeinheit. Sie gehören zur allgemeinen Daseinsvorsorge und sind daher aus Steuermitteln zu bezahlen. Die Abschaffung der KAG – Straßenbaubeiträge ist deshalb weiterhin notwendig. Die vor dem Novellierungsprozess verschiedentlich gefassten Resolutionen erscheinen im Nachhinein nur als ein populistischer Akt. Denn die jüngst erfolgte Novellierung des Kommunalen-Abgabe-Gesetzes entlastet die Bürger*innen nur unzureichend. Jetzt müssen die Kommunen zumindest sämtliche Möglichkeiten auf Basis der neuen Rechtslage ausschöpfen, um die Grundstückseigentümer und Mieter zu entlasten. Solange noch keine zufriedenstellende landesrechtliche Regelung vorliegt, schlagen wir dafür einen kommunalen Sozialfaktor bei der Berechnung der KAG-Beiträge vor. Er soll diejenigen stärker entlasten, deren Immobilienvermögen gering ist, die es ausschließlich selber nutzen und die keine Einkünfte daraus ziehen.

Ökologie, Energie, Klima

Nachhaltiges und verantwortungsvolles kommunales Handeln erfordert die Entwicklung eines regionalen Energiekonzeptes, in dem die verschiedenen regenerativen Energieträger (Sonne, Wind, Wasser, Geothermie, Biomasse u.a.) und die Speichertechnologien auf intelligente Weise miteinander kombiniert werden. Zugleich müssen sie sich mit dem oben genannten integrierten Verkehrskonzept sowie einer neuen, klimaschonenden Art zu bauen und zu wohnen sinnvoll verzahnen lassen. Eine notwendige Ergänzung dazu bilden nachhaltige Wertstoffkreisläufe. Da sich der Klimawandel nicht abwenden, sondern nur noch verlangsamen und begrenzen lässt, müssen wir schon heute in unserer gesamten Infrastruktur Klima anpassende Lösungen einbauen, die es uns erlauben, zukünftig besser mit dem vom Menschen gemachten Klimawandel zurechtzukommen. Dazu gehören zunächst stadtplanerische und architektonische Maßnahmen wie grüne Stadtoasen, Dachbegrünung u.a. Ebenso ein nachhaltiges und ökologisches Flächenmanagement unserer (noch) walddreichen Landschaft, das angesichts der zu erwartenden regelmäßigen Dürreperioden die Wasserspeicherfähigkeit unserer Böden massiv verbessert. Insgesamt gilt es aber die biologische Vielfalt unserer Natur zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Deshalb soll für das stark gefährdete Rettungsnetz der Natur zukünftig ein bestimmter Teil des kommunalen Haushaltes reserviert werden.

Soziale Gerechtigkeit, Bildung, Familie, Gesundheit

Die zunehmende Spaltung in Arm und Reich ist eine große Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie. Das gilt auch für Bad Berleburg. Allerdings tritt Armut hier verschämter auf und ist daher weniger sichtbar. Gleichwohl existiert sie. Wir stehen daher für eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur, die Armut nicht tabuisiert, sondern in allen ihren Facetten zur Kenntnis nimmt und im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten entschieden bekämpft. Deshalb setzen wir uns für einen regelmäßigen Armuts- und Reichtumsbericht für alle Kommunen in Siegen-Wittgenstein als Planungsinstrument einer gezielten Sozialpolitik ein. Gerade wenn Kinder in betroffenen Familien unter Armut leiden hat dies erhebliche negative Folgen für ihre psychosoziale und gesundheitliche Entwicklung, die ihre Zukunft als Erwachsene schwer beeinträchtigt. Um es erst gar nicht so weit kommen zu lassen brauchen wir niederschwellige, gut vernetzte und ausreichend finanzierte kommunale Präventionsketten. Durch frühe und passende Hilfen wollen wir dafür sorgen, dass die typischen Negativkarrieren möglichst frühzeitig unterbrochen werden und sich nicht chronifizieren. Das ermöglicht auch diesen Kindern einen chancengleichen Zugang zu Bildung, Ausbildung und Beruf. Auf Bundesebene kämpft Die Linke für die Abschaffung des entwürdigenden Hartz-IV-Regimes. Bis dahin wollen wir in Wittgenstein dieses Bundesgesetz soweit wie möglich entschärfen und Niedriglöhne verhindern. Dazu gehört auch die pauschalierte und antragslose Auszahlung aller Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder an die leistungsberechtigten Eltern.

Familien, die keine großen finanziellen Sorgen haben und wo häufig beide Eltern arbeiten fehlt dagegen oft etwas anderes: Zeit. In diesem Zusammenhang beherzigen wir eine alte Weisheit: Im Umgang mit Kindern kommt es nicht darauf an Zeit zu sparen, sondern Zeit zu verlieren. Denn jedes Kind hat ein Recht auf den heutigen Tag. Dazu brauchen sie Räume für zweckfreies und selbstbestimmtes Spiel. Eltern brauchen

dagegen Zeit, um Vertrauen in die Entwicklungsfähigkeit ihres Kindes zu bekommen und ihnen eine sichere Bindung zu ermöglichen. Wir werden uns deshalb für eine familien- und kinderfreundliche Zeitpolitik einsetzen, die den Kindern solche freien Spielräume schafft und soweit es mit kommunalen Mitteln möglich ist ihre Eltern von überflüssigem sozialen Stress und Zeitdruck befreit.

Nicht zuletzt deshalb machen wir uns stark für den Ausbau von sozialen Einrichtungen in Bad Berleburg und für eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, die keinen Profitinteressen gehorchen muss. Gesundheit ist keine Ware. Soziale Beratungsangebote wie Erziehungsberatung, Verbraucherberatung usw. sind im Verbund mit den anderen Kommunen im Kreis mit ausreichendem Personal und materiellen Mitteln auszustatten, damit sie Planungssicherheit haben und ihre Aufgabe einer regelmäßigen Beratung vor Ort auch im ländlichen Raum erfüllen können.

Corona - Pandemie

Die Corona-Pandemie wird die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen auf lange Sicht nachhaltig negativ beeinflussen. Die Kommunen haben schon jetzt massive finanzielle Ausfälle. Der Bund und die Länder müssen Rettungsschirme für die Kommunen einrichten, um die Folgen der Corona-Pandemie abzuschwächen. Die Kommunen müssen jedoch auch selber aktuelle Vorhaben auf ihre künftige Finanzierbarkeit prüfen. Einzelne Projekte sind nötigenfalls zurückzustellen, Gelder geplanter Investitionen sind gegebenenfalls zur Minderung der Folgen der Corona-Pandemie in zu schaffende kommunale Rettungsschirme umzuleiten. Abzuwenden sind die Folgen der Corona-Pandemie nur durch das Eintreten der Solidargemeinschaft. Hier stehen wir alle in der Pflicht.

Bad Berleburg, Juli 2020

DIE LINKE.
Ortsverband Wittgenstein

DIELINKEinWittgenstein@web.de
57319 Bad Berleburg

Andrea Heuer

Bürgermeisterkandidatin
57319 Bad Berleburg